

SO GESEHEN

DIE CDU UND DER ISLAM

Zurück im wirklichen Leben

VON ALEXANDER WILL



Die CDU hat recht: „Ein Islam, der unsere Werte nicht teilt und unsere freiheitliche Gesellschaft ablehnt, gehört nicht zu Deutschland.“ Sie hatte auch mit der nun im neuen Grundsatzprogramm gestrichenen Formulierung recht: „Muslime, die unsere Werte teilen, gehören zu Deutschland.“

SPD, „Zentralrat der Muslime“ und der notorische Ruprecht Polenz finden es nun „diskriminierend“, wenn nur „eine Religion herausgegriffen wird“. Jenseits ideologisch induzierter Wahrnehmungsstörungen, ist das aber nicht „diskriminierend“, sondern Konzession an die Realität.

Von katholischem oder lutherischem Terror im Westen hat man in den vergangenen 20 Jahren nichts gehört, auch von jüdischem nicht. Religiös aufgehetzte Messerstecher pflegen nicht mit dem Ruf „Jesus liebt Dich“ über Menschen herzufallen, sondern ihr Schlachtruf lautet „Allahu akbar“. Im Klartext: Es ist islamischer Terror, der noch immer eine weltweite Bedrohung darstellt, und dieser Terror hat eben einen ideologischen Hintergrund in einer spezifischen Religion. Das zu benennen, heißt die Wirklichkeit zu beschreiben.

Zum Zweiten gilt es zu beachten, woher islamische Einwanderung kommt. 2023 waren die Top-Drei Türkei, Afghanistan und Syrien. Alle drei Länder sind Tummelplätze diverser Strömungen des radikalen, politischen Islam.

Zum Dritten ist Islam – anders als Christen- und Judentum – von Politik nicht trennbar. Das Verhältnis zur Gottheit ist ohne politisches Handeln im Islam nicht gestaltbar.

Es ist richtig, dass die CDU sich von dem politisch verheerenden, aber herrlich woken Satz des Ex-Bundespräsidenten Christian Wulff verabschiedet. „Der Islam gehört inzwischen auch zu Deutschland“, hatte der einst gesagt. Seine Partei macht nun klar: Es kommt darauf an, wie dieser Islam heute und in unserem Land gelebt wird. Realismus hält Einzug.

@ Den Autor erreichen Sie unter Will@infoautor.de